

Gender Budgeting in der Entwicklungszusammenarbeit - wie kann Gleichstellung gelingen?

Utl.: SPÖ-Bayr: Neoliberalismus drängt Frauen in die unbezahlte Arbeit =

Wien (SK) - Petra Bayr, SPÖ-Bereichssprecherin für Globale Entwicklung, eröffnete heute die Veranstaltung zur Präsentation der Studie zu "Geschlechtergerechtigkeit und die Rolle der zivilgesellschaftlichen Organisationen unter veränderten Rahmenbedingungen der EZA - Gender Budgeting als Gleichstellungsstrategie in der EZA?", herausgegeben vom Wiener Institut für Internationalen Dialog und Zusammenarbeit (vidc). ****

Bayr umriss in ihrem Eröffnungsstatement die Zielsetzungen von Gender Budgeting und worin diesbezügliche Spannungsfelder und Herausforderungen zu orten sind. Die Analyse der Studie zeigt, dass die Zielsetzungen von Gender Budgeting, nämlich Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit, grundsätzlich einen übergeordneten Charakter haben, tatsächlich aber Gender in der Programmhilfe nur eine von vielen Querschnittsmaterien darstellt. "Gleichstellungspolitik stellt eine übergeordnete Zielsetzung dar, die sich überall adäquat wiederfinden muss", betonte Bayr.

In diesem Zusammenhang verwies Bayr auch auf die zweifache Unterrepräsentation von Frauen im politischen Bereich. Sie seien sowohl quantitativ als auch qualitativ unzulänglich vertreten. Bayr: "Gender Budgeting muss also sowohl darauf abzielen, mehr Frauen in politischen Funktionen zu etablieren, was wohl der leichter evaluierbare Bereich ist, aber auch wesentlich im substantiell-inhaltlichen Bereich frauenspezifische Interessen und Anliegen zu verankern." Dies insbesondere auch angesichts der Tatsache, dass Fraueninteressen durchaus breit gefächert sind, zumal sie unterschiedlichen Altersgruppen, Ethnien, Bildungs- oder auch Religionszugehörigkeit zuzuordnen sind. "Es geht also auch um die Anerkennung und Repräsentation der Unterschiede von Frauen", wie Bayr hervorhob, "Frauen sind keine homogene Gruppe - wiewohl sie als solche diskriminiert werden."

Als besonders essentiellen Bereich der vorgestellten Studie bezeichnete Bayr die Problematik des vorherrschenden Entwicklungsparadigmas, welches sich um die Integration der Frauen im gängigen neoliberalen Ökonomieverständnis bemüht. Dieses Ökonomiemodell ist den Grundsätzen von Wachstums- und Produktivitätssteigerungen verhaftet, deren Problematik viel diskutiert und evident sei. "Den ökonomischen Realitäten von Frauen wird damit aber nicht ausreichend Rechnung getragen", ist Bayr überzeugt, "im Gegenteil hat dies bislang dazu geführt, dass Frauen vermehrt unbezahlte Arbeiten zu leisten haben, die im Zuge einer 'Verschlankung' des Staates einfach an die Frauen abgegeben wurden. Und damit verbunden nimmt auch der Zugang von Frauen zu Erwerbsarbeit in überlebenssichernder Höhe ab, trotz der in Summe steigenden Erwerbsquote von Frauen. Diesem Trend gilt es entgegenzuwirken und genau dafür brauchen wir eine feministische Ökonomie und ein Gender Budgeting, welches diesen Namen auch verdient."

Petra Bayr bedankte sich bei den AutorInnen Prof. Dr.in Luise Gubitzer, Dr.in Elisabeth Klatzer, Dr.in Katharina Mader und Mag.a Katharina Muhr für deren hervorragende Leistung im Rahmen der Studie. "Wir sind aufgefordert, die Analysen und Empfehlungen in die österreichische Entwicklungszusammenarbeit einzuarbeiten", so Bayr abschließend, "denn sie sind wesentlich für eine erfolgreiche Entwicklungspolitik - nicht nur für Frauen!" (Schluss) df/mp

Rückfragehinweis:

SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Tel.: 01/53427-275,
Löwelstraße 18, 1014 Wien, <http://www.spoe.at/online/page.php?P=100493>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***